



Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump bereitet tiefgreifende Umstrukturierungen in der föderalen Verwaltung vor. Ein internes Dokument des Weißen Hauses, das bislang unter Verschluss war, zeigt: Zahlreiche Bundesbehörden sollen in den kommenden Monaten erhebliche Teile ihres Personals abbauen – teils bis zur Hälfte. Damit verfolgt die Trump-Administration ihr erklärtes Ziel, den Staatsapparat zu verschlanken und vermeintliche Ineffizienzen zu beseitigen.

Der Plan umfasst nach aktuellem Stand 22 Behörden. Die Personalreduktionen sollen zwischen acht und fünfzig Prozent liegen. Zwar betonen Regierungsvertreter, es handle sich um vorläufige Entwürfe, doch der Umfang der angestrebten Kürzungen lässt auf einen politischen Richtungswechsel schließen, dessen Auswirkungen auf die staatliche Infrastruktur erheblich sein dürften.

Radikale Einschnitte bei zentralen Behörden

Besonders stark betroffen ist das Department of Housing and Urban Development, das laut den internen Planungen rund 50 Prozent seiner derzeit etwa 8.300 Mitarbeiter verlieren soll. Auch beim Finanzministerium sind Kürzungen von rund 30 Prozent vorgesehen, während das Innenministerium etwa ein Viertel seines Personals abbauen soll. Beim Internal Revenue Service (IRS – Steuerbehörde) ist von einem Drittel die Rede – also rund 30.000 Stellen, die wegfallen könnten.

Weitere Behörden mit gravierenden Einschnitten sind das Handelsministerium (30 Prozent), die Small Business Administration (43 Prozent) und die National Science Foundation (28 Prozent). Auch das Justizministerium steht mit einem geplanten Personalabbau von acht Prozent auf der Liste.

Die Umweltbehörde EPA soll rund zehn Prozent der Beschäftigten im Bereich Forschung und Entwicklung verlieren – konkret bis zu 1.115 Personen. Welche Folgen dies für laufende Projekte und die nationale Umweltüberwachung hätte, bleibt offen.

Unklarheit über Umsetzung und Folgen

Offiziell bezeichnet das Weiße Haus das Papier als „vorläufigen Entwurf“, der keine endgültigen Entscheidungen widerspiegeln sollte. Dennoch wurden die betroffenen Behörden bereits im Februar dazu aufgefordert, detaillierte Pläne zur Umsetzung des Stellenabbaus zu



erarbeiten. Diese sollen bis Mitte April vorliegen.

Ob und in welchem Umfang die Kürzungen umgesetzt werden, hängt maßgeblich von der politischen und rechtlichen Dynamik ab. Erste juristische Auseinandersetzungen zeichnen sich bereits ab. Frühere Versuche der Regierung, insbesondere auf dem Weg über Massenentlassungen von Angestellten in Probezeit, sind vor Gericht weitgehend gescheitert. Das aktuelle Vorhaben stützt sich auf das etablierte Verfahren der „Reduction in Force“ (RIF), das rechtlich besser abgesichert ist.

Laut Beobachtern erhöht dies die Erfolgchancen für die Regierung. Gleichzeitig könnte es zu einem Präzedenzfall werden, wenn es der Administration gelingt, durch das reguläre Verfahren einen massiven Personalabbau durchzusetzen, ohne dabei grundlegende Leistungen zu gefährden.

Effizienzgewinn oder Verlust staatlicher Leistungsfähigkeit?

Die Regierung begründet den Schritt mit dem Ziel, die Verwaltung auf „gesetzlich notwendige Kernaufgaben“ zu konzentrieren. Einzelne Ressorts betonen, dass nicht-kritische Aufgaben – etwa im Bereich Diversitätsmanagement – abgebaut würden, während essenzielle Funktionen erhalten blieben. So soll das Department of Veterans Affairs beispielsweise 80.000 Stellen streichen, vornehmlich in Callcentern und der Verwaltung. Gleichzeitig sollen Ärzte, Pflegepersonal und Sachbearbeiter im Bereich der Leistungsgewährung erhalten bleiben oder sogar aufgestockt werden.

Doch bereits jetzt zeigen sich erste Bruchstellen. In den Sozialversicherungsämtern übernehmen Filialleiter Telefonarbeiten, weil Empfangspersonal fehlt. Die Website der Behörde war in diesem Monat viermal nicht erreichbar, Millionen Rentner und Menschen mit Behinderungen konnten sich nicht einloggen. In Nationalparks führten Entlassungen zu langen Warteschlangen und stornierten Reservierungen.

Diese Entwicklungen lassen Zweifel an der Behauptung aufkommen, dass ein radikaler Stellenabbau ohne Qualitätsverluste bei den öffentlichen Dienstleistungen möglich sei. Kritiker warnen vor langfristigen Schäden für die Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Unterstützer hingegen sehen in dem Schritt einen überfälligen Bruch mit einer als aufgebläht wahrgenommenen Bürokratie.



Ökonomische Dimensionen des Umbaus

In wirtschaftlicher Hinsicht verspricht sich das Weiße Haus Einsparungen in Milliardenhöhe. Für das Bildungsministerium werden bis 2026 rund 6,1 Milliarden US-Dollar genannt, beim Justizministerium 1,9 Milliarden. Das Wohnungsbauministerium soll durch Kürzungen 1,2 Milliarden Dollar einsparen. Diese Summen wirken beachtlich, relativieren sich jedoch im Kontext des gesamten Bundeshaushalts, dessen Defizit aktuell bei rund 1,8 Billionen Dollar liegt.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass einige Kürzungspläne offenbar ohne Rücksicht auf zuvor durch Gerichte angeordnete Wiedereinstellungen entwickelt wurden. So enthalten die internen Schätzungen laut Medienberichten auch Mitarbeiter, deren Entlassung als rechtswidrig eingestuft wurde – und die demnach eigentlich wieder eingestellt werden müssten. Die Regierung hat angekündigt, gegen diese Urteile vor dem Obersten Gerichtshof vorzugehen.

Ein Paradigmenwechsel mit ungewissem Ausgang

Der Vorstoß zur Schrumpfung der US-Bundesverwaltung ist Teil eines größeren politischen Narrativs, das Trump seit seiner ersten Amtszeit verfolgt: weniger Staat, mehr Effizienz, weniger Kontrolle durch „Washington“. Mit Elon Musk steht ihm dabei ein prominenter Berater zur Seite, der diese Philosophie medienwirksam unterstützt.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob die Administration ihre Pläne durchsetzen kann – und mit welchen Folgen für Staat, Gesellschaft und Verwaltung. Sicher ist nur: Der Umbau der Bundesbehörden unter Trump markiert einen tiefgreifenden Einschnitt, der das Selbstverständnis staatlicher Dienstleistungen in den USA nachhaltig verändern könnte.

Autor: MAB